



Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

17. Sitzung (öffentlich)
28. Oktober 1996
Düsseldorf - Haus des Landtags
13.30 Uhr bis 15.05 Uhr

Vorsitzender: Dr. Horst Posdorf (CDU)
Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

- 1 Aktuelle Viertelstunde:
- "Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 8. Oktober 1996 1
 - Berichts-anforderung der SPD-Fraktion

Einem Bericht des Ministers schließt sich eine Aussprache an. Das Thema soll wegen seiner Wichtigkeit im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes in einer der nächsten Sitzungen erneut aufgegriffen werden. Auch sollen andere EU-Richtlinien und deren Einhaltung dabei eine Rolle spielen.

Seite

2 Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden 3

Der Ausschuß wählt Inge Lagemann (SPD) bei Enthaltung der Betroffenen ansonsten einstimmig zur neuen stellvertretenden Ausschußvorsitzenden. Sie tritt die Nachfolge der Abgeordneten Gabriele Sikora (SPD) an, die von ihrer Fraktion zur Ausschußsprecherin benannt worden ist.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) 4

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1200

Vorlagen 12/808, 12/802

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 01 - Landtag
- b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- c) Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Zum Einzelplan 01 ergibt sich kein Beratungsbedarf. Bezüglich der Einzelpläne 02 und 09 nimmt der Ausschuß einführende Berichte entgegen, denen sich jeweils eine Aussprache anschließt. Der Ausschuß wird sich voraussichtlich auf den 27. November als Termin für die Abstimmungssitzung verständigen müssen.

4 Europa-Initiative NRW 12

Über die Erläuterungen des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten zum Einzelplan 09 hinaus nimmt der Ausschuß weitere Informationen betreffend die Europa-Initiative NRW entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

Seite

- 5 Äußerungen des Präsidenten des Europäischen Parlaments zum Verhalten der britischen Regierung 15**

Der Ausschuß nimmt eine Stellungnahme durch den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten entgegen, dem sich eine kurze Aussprache anschließt.

- 6 Entschließung des Europäischen Parlaments zur Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten 17**

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Landesregierung entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

- 7 Ergänzung des Ausschußprotokolls 12/285 der 14. Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik am 10. Juni 1996 18**

Das Ausschußprotokoll 12/285 wird um die sich aus dem Diskussionsteil dieses Protokolls ergebende Passage ergänzt.

8 Verschiedenes

- a) **Regelmäßige Berichterstattung zur Regierungskonferenz 1996**
- b) **Diskussion über die Anhörung zur Wirtschafts- und Währungsunion**
- c) **Rauchverbot während der Ausschußsitzungen**
- d) **Schlußklärung der Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Gebietskörperschaften der Europäischen Union zum Thema "Für ein demokratisches und solidarisches Europa"**

Zu den Unterpunkten a) bis d) siehe Seiten 19 bis 21 des Diskussionsteils.

Vorsitzenden sehr kollegial und gut gewesen. Er beglückwünsche die Abgeordnete zur Wahl zur Sprecherin der SPD-Fraktion. Er sei der festen Überzeugung, daß der Ausschuß auch ihr zu großem Dank verpflichtet sei.

(Allgemeiner Beifall)

Sodann wählt der **Ausschuß** auf Vorschlag der SPD-Fraktion Inge Lagemann zur neuen stellvertretenden Ausschußvorsitzenden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1200

Vorlagen 12/808, 12/802

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- | | | |
|------------------|---|---|
| a) Einzelplan 01 | - | Landtag |
| b) Einzelplan 02 | - | Ministerpräsident und Staatskanzlei |
| c) Einzelplan 09 | - | Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten |

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf erinnert daran, der Ausschuß habe sich für die Haushaltsberatungen auf ein Verfahren verständigt, nach dem heute in einem ersten Durchgang die Einführungen des Chefs der Staatskanzlei über die Eine-Welt-relevanten Positionen des Haushaltsgesetzes sowie des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten über die europapolitisch relevanten Haushaltspositionen entgegengenommen würden.

Nach seiner Einschätzung werde die Beratung des Einzelplans 01 (Landtag), in dem den Ausschuß lediglich eine Titelgruppe tangiere, nur wenig Zeit beanspruchen. In zwei Wochen werde sich der Ausschuß über Einzelpositionen in den Einzelplänen 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei) sowie Einzelplan 09 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten) zu befassen haben.

Ihm lägen ferner Wünsche aus der Fraktionen der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, auch die Haushaltspläne anderer Ressorts in die Beratungen einzubeziehen. Er werde dies gemäß der Absprache des Ausschusses in der Einladung für die folgende Sitzung kenntlich machen, so daß sichergestellt werde, daß Vertreter der angesprochenen Ressorts an der Sitzung teilnahmen.

Der Ausschuß werde abschließend in der Woche *ab* dem 25. November 1996 die Abstimmungssitzung vorsehen. Minister Dr. Dammeyer und die SPD-Abgeordnete Gabriele Sikora hätten ihn wissen lassen, daß am 25. November 1996 ein Parteitag der SPD stattfinde. Insofern habe sich der Ausschuß voraussichtlich auf den 27. November 1996 als Termin für die Abstimmungssitzung zu verständigen.

Im Rahmen einer Obleute-Besprechung am Rande der nächsten Plenartage solle man sich auf den Termin verständigen. Denn am 27. November tage bereits der Wirtschaftsausschuß abschließend. Der Ausschuß müsse dafür Sorge tragen, ohne termintechnische Schwierigkeiten seine Abstimmungssitzung noch an diesem Tage durchzuführen. - **Ute Koczy (GRÜNE)** teilt bei dieser Gelegenheit mit, sie werde bei der Sitzung am 11. November 1996 nicht persönlich zugegen sein können, sondern einen Vertreter schicken müssen.

Sodann ruft **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** zunächst auf:

Einzelplan 01 - Landtag

Der Ausschuß sei, führt **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** aus, von der "Zweckbestimmung: Europaangelegenheiten" in Kapitel 70 betroffen. Der Ansatz sei gegenüber dem Vorjahr unverändert und reiche nach den bisherigen Erfahrungen aus. - Fragen aus dem Kreis des Ausschusses ergeben sich nicht. - Der **Einschätzung des Vorsitzenden Dr. Horst Posdorf** daß dieser Einzelplan damit erst wieder zur Schlußabstimmung aufzurufen sei, schließt sich der Ausschuß an.

Sodann ruft **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** auf:

Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Staatssekretär Frohn, Chef der Staatskanzlei werde um seinen Bericht zu den Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 gebeten und solle - wie verabredet - darüber hinaus auch zu den fachrelevanten Positionen in den Einzelplänen der Ressorts Stellung beziehen. Bei dieser Gelegenheit danke er dem Chef der Staatskanzlei dafür, daß der angekündigte ressortübergreifende Bericht vorliege, der die weiteren Ausschußberatungen erleichtern werde. Außerdem liege dem Ausschuß bereits der Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten über die europapolitischen Ansätze der Ressorts im Haushalt 1997 (siehe EU-Vorlage 12/116) vor. Hierfür danke er dem Minister. Auch dieser Bericht sei dazu angetan, die weiteren Ausschußberatungen zu erleichtern.

Zunächst erstattet **Staatssekretär Rüdiger Frohn, Chef der Staatskanzlei**, seinen Bericht zum Einzelplan 02: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zur Vorbereitung der Beratung hatte ich Ihnen am 18. Oktober zum einen die Übersicht über die entwicklungs-politischen Ansätze aller Ressorts mit den entsprechenden Erläuterungen übersandt und zum anderen eine Liste der geplanten Projekte, die im wesentlichen aus dem Einzelplan 02 finanziert werden, an denen sich zunehmend allerdings andere Ressorts fachlich und mit eigenen Mitteln zunehmend beteiligen. Dazu gehören beispielsweise der Wirtschaftsminister, die Umweltministerin, die Ministerin für Schule und Weiterbildung sowie der Minister für Bauen und Wohnen.

Erlauben Sie mir, zunächst einige Ausführungen zum Einzelplan 02, in dem sich die Struktur der Eine-Welt-Arbeit in besonderer Weise widerspiegelt. Zunächst eine technische Erläuterung. Sie werden festgestellt haben, daß wir die Ansätze für die internationale Zusammenarbeit und die Eine-Welt-Politik nicht mehr in Titelgruppen, sondern gesonderten Kapiteln dargestellt haben, nämlich dem Kapitel 02 030 "Internationale Zusammenarbeit" und dem Kapitel 02 040 "Eine-Welt-Politik". Das haben wir so umgestellt, weil die Bedeutung dieser Politikfelder wächst und die Haushaltssystematik unter Kapiteln eine differenziertere und transparentere Darstellung ermöglicht.

Nun zur Höhe und Erläuterung der Ansätze: Wie bereits im laufenden Jahr so haben wir auch für 1997 eine Veränderung der Gewichte vorgenommen zwischen der Ost-West-Zusammenarbeit (Kapitel 02 030) und der Eine-Welt-Politik (Kapitel 02 040). Während wir den Ansatz für die internationale Zusammenarbeit vor allem mit den mittel-, südost- und südosteuropäischen Staaten um fast 10 % - 2,243 Millionen DM - auf jetzt rund 21 Millionen DM vermindert haben, haben wir den Ansatz für die Eine-Welt-Politik um etwas mehr als 8 % - das sind 450 000 DM - auf 5,79 Millionen DM gesteigert.

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs 1996 im Januar 1996 hatte ich bereits unser politisches Ziel beschrieben, im Bereich der Eine-Welt-Politik das Bemühen um eine Bewußtseinsänderung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande verstärken zu wollen. Deshalb wollen wir auch 1997 der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit den Vorrang geben und für die Stärkung der Strukturen und die qualitative Verbesserung der Maßnahmen sowie Aktivitäten in diesem Bereich mit rund 3,3 Millionen DM den größeren Teil der Mittel einsetzen.

Für Maßnahmen im Ausland sind in unserem Einzelplan rund 2,5 Millionen DM veranschlagt. Dabei handelt es sich um Projekte und Maßnahmen des Konkreten Friedensdienstes zusammengefaßt. Es geht um rund 43 % des gesamten Ansatzes für die Eine-Welt-Politik. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf haben wir für die Eine-Welt-Politik bei insgesamt immer noch sehr begrenzten Möglichkeiten einen schwierigen Spagat versucht, nämlich zum einen die Kontinuität erfolgreicher Programme und Projekte zu sichern und zum anderen auch die innovativen Ansätze zur verstärkten Vermittlung entwicklungspolitischer Notwendigkeiten in der nordrhein-westfälischen Öffentlichkeit zu fördern.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, weil ich dieses Thema nicht insgesamt auffächern möchte. Bei unseren Einzelberatungen werden wir das sicherlich noch tun können. Dabei geht es um ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Finanziers, wie sie funktioniert, welche Wirkungen man dabei über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus erzielen kann: Das Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport hat gemeinsam mit der Staatskanzlei die Transferstelle "Lokale Agenda 21" in Bonn eingerichtet, um den Städten und Gemeinden den Erfahrungsaustausch zu diesem Thema zu erleichtern und zu verhindern, daß überall das Rad neu erfunden werden muß. Die Nachfrage nach den Serviceleistungen dieser Stelle ist enorm. Wir sind zuversichtlich, daß ihre Wirkung auch bundesweit so wahrgenommen wird, daß wir im nächsten Jahr gemeinsam mit dem Bund, den anderen Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden über Möglichkeiten der Kooperation verhandeln können. Wir sehen uns nicht allein zuletzt deshalb in einer besonderen Verantwortung, immer wieder mit Initiativen und Anstößen beispielhaft zu arbeiten und Modelle aufzuzeigen, weil wir in Nordrhein-Westfalen mit dem Ausbau der Bundesstadt

Bonn zu einem Zentrum für Entwicklungspolitik eine Chance haben, daß aus unserem Land Impulse für eine zukunftsorientierte Entwicklung ausgehen. Die Tatsache, daß sich UN-Organisationen und andere internationale Organisationen sowie Institutionen in Bonn ansiedeln, eröffnet darüber hinaus die Perspektive einer europa- und weltweiten Ausstrahlung dieses Zentrums für internationale Zusammenarbeit.

Die Verantwortung für den Ausbau des Standorts Bonn zu einem Zentrum für Entwicklungspolitik liegt bei der Bundesregierung. Bei allem Wohlwollen der Verantwortlichen dort und allem hoch anzuerkennenden Bemühen gerade auch der Verantwortlichen bei der Stadt Bonn ist es bisher noch nicht recht gelungen, diesem Zentrum für Entwicklungspolitik einen unverwechselbaren Charakter zu geben. Wir sehen es deshalb auch ein wenig als unsere Aufgabe an, daran mitzuwirken - dafür sehen wir durchaus Chancen -, mit unseren innovativen entwicklungspolitischen Ansätzen Beispiele zu geben. So werte ich es als ein positives Zeichen, daß der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen im Rahmen der Beratungen des Bundeshaushalts für 1997 einige unserer Ideen aufgegriffen und unter anderem gefordert hat, daß die Bundesregierung entsprechende Mittel für die Bemühungen zur Umsetzung der "Lokalen Agenda 21" und für eine dauerhafte Trägerstrukturfinanzierung ähnlich unserem Promotorenmodell bereitstellen möge. Man darf gespannt darauf sein, wie sich das unter den schwierigen Verhältnissen im Bundeshaushalt 1997 niederschlagen wird. Ich finde es auf jeden Fall bemerkenswert, welche Resonanz wir auch mit unseren Überlegungen auf Bundesebene gefunden haben. Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu einzelnen Ansätzen im Einzelplan 02:

Bei den Auslandsprojekten haben wir eine Gesamtsumme von 1,830 Millionen DM zur Verfügung. Wie Sie der Aufstellung entnehmen können, die ich Ihnen am 18. Oktober 1996 übermittelt habe, planen wir nach dem derzeitigen Stand damit 32 Projekte. Die Zahl der möglichen oder auch nur der beantragten Projekte liegt natürlich erheblich höher. Wir haben Ihnen deshalb auch nur das aufschreiben können, was sich vermutlich realisieren läßt. Dabei wird man auch noch Gespräche mit den Partnern über Details zu führen haben. Deshalb gibt die Liste unseren derzeitigen Überlegungsstand wieder, der sich aber gewiß noch verändern wird oder kann. Insgesamt 15 dieser Projekte, nämlich die laufenden Nr. 1 bis 14 und die Nr. 18 werden in unseren entwicklungspolitischen Schwerpunktregionen geplant oder weitergeführt. Weitere 17 ausschließlich von Nichtregierungsorganisationen geplante Projekte werden in anderen Teilen der Welt - vornehmlich in Mittel- und Südamerika sowie Afrika - durchgeführt.

Zwar haben wir insgesamt 550 000 DM weniger veranschlagt; wir hoffen aber, daß durch den Einstieg des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr in unsere Projekte in Mpumalanga einer Provinz in Südafrika, die wir in besonderer Weise unterstützen, wenigstens ein Teil dieses Rückgangs aufgefangen werden kann. Die Projekte orientieren sich an den Grundbedürfnissen der Partner und berücksichtigen in hohem Maße Frauen als Zielgruppe.

Zum Titel 684 20, Förderung eines Netzes von Eine-Welt-Promotoren und -Promotorinnen, folgendes: Im Sommer dieses Jahres haben wir mit dem hier im Ausschuß mehrfach erörterten Aufbau des Netzwerkes begonnen. Mit dem Ansatz für 1996 in Höhe von 1 Million DM werden Promotorinnen und Promotoren an insgesamt 18 Standorten in Nordrhein-Westfalen und für sieben verschiedene Sektoren gefördert. Da der Betrag von 1 Million DM wegen

des absehbaren Beginns zum 1. Juli 1996 nur für ein halbes Jahr veranschlagt gewesen ist, ergibt sich für eine kontinuierliche Weiterführung des Begonnenen, daß wir für die Förderung über ein ganzes Jahr den Ansatz auf 2 Millionen DM verdoppeln mußten.

Im übrigen darf ich an dieser Stelle noch einmal sagen: Nach den ersten Gesprächen und Arbeitsplanungen mit den Promotorinnen und Promotoren sind wir optimistisch, mit diesem im Bundesgebiet bislang einmaligen Projekt für eine Eine-Welt-Politik einen deutlichen Schub nach vorne geben zu können für die Entwicklung von Bewußtseinsarbeit in unserem Land. Die mit Ihnen gemeinsam diskutierte Struktur dieses Netzwerks mit der Kombination eines sowohl lokal wie auch sektoral orientierten Ansatzes und die gemeinsame Trägerschaft zweier erfahrener, aber in unterschiedlichen Zusammenhängen tätigen Organisationen, bietet eine große Chance zum Erfolg dieses von vielen neidvoll, von dem einen oder anderen aber auch kritisch gesehenen Modells.

Wir haben über dies im Zusammenhang mit dem Start dieses Projekt einmal die wichtigsten Unterlagen zur Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen in einem Ordner als eine Art Nachschlagewerk zusammengestellt und sind gerne bereit, jedem Abgeordneten einen solchen Ordner zur Verfügung zu stellen, der alle wesentlichen Quellen, Hinweise, Förderungsbedingungen und Adressen enthält. Zunächst war diese Sammlung nur für den bürokratischen Bedarf gedacht. Nachdem aber auch aus den Organisationen eine solch hohe Nachfrage kam, dachten wir, daß wir auch Ihnen dieses Material zur Verfügung stellen sollten.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu den entwicklungspolitischen Ansätzen der Ressorts sagen: Ich hoffe, daß die Ihnen übermittelte Übersicht sowie die zusätzlichen Erläuterungen aus sich heraus verständlich sind. Aus meiner Zuständigkeit für die Koordination der Eine-Welt-Politik und Entwicklungszusammenarbeit in der Landesregierung heraus kann ich für die seit vielen Jahren positiven Beiträge der Ressorts nur dankbar sein. Das bezieht sich vor allem auf die klassischen Bereiche, in denen die Länder die Entwicklungspolitik des Bundes unterstützen. Dabei geht es um die Ausbildung von Stipendiaten, vor allem im gewerblich-technischen Bereich, aber auch im kaufmännischen Bereich. Es geht um die Studienmöglichkeiten für Studenten aus Entwicklungsländern, vor allem an den Fachhochschulen unseres Landes. Allerdings hat der Bund jetzt gegen den Widerstand der Länder die Mitfinanzierung von Vollstudiengängen im Bund-Länder-Fachhochschulprogramm aufgekündigt, so daß wir gezwungen sind, mit dem sukzessiven Auslaufen begonnener Stipendien dem neuen Konzept der Förderung von Aufbaustudiengängen zu folgen. Dies ließ sich letztlich nicht mehr beeinflussen. Wir sind aber zuversichtlich, daß wir mit unseren Erfahrungen und den Serviceleistungen der Partner in den Entwicklungsländern auch in Zukunft ein gutes Studienangebot werden unterbreiten können.

Vor allem aber freue ich mich darüber, daß zahlreiche Ressorts über die klassische Mitwirkung hinaus mehr und mehr dazu übergehen, ihre Mittel für internationale Kontakte auch für Projekte und Maßnahmen in Entwicklungsländern einzusetzen. Sie engagieren sich darüber hinaus, Eine-Welt-Politik als Querschnittsaufgabe unserer Arbeit in der Landesregierung wahrzunehmen. Die Aktivitäten des Innenministeriums, des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport im Bereich "Lokale Agenda 21", die gemeinsame

Diskussionen mit dem Wirtschaftsministerium über das Verhältnis zwischen Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik, aber auch die Anstrengungen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung zum Thema Eine-Welt im Unterricht sind besonders gute Beispiele.

Ich bin überzeugt, daß man mit einem solchen integrierenden Politikansatz auch in Zeiten, in denen das Geld knapper wird, für dieses von Ihnen verantwortete Politikfeld Eine-Welt zu guten Ergebnissen kommen kann. - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Ilka Keller (CDU) bittet Staatssekretär Frohn, dem Ausschuß seinen Sprechzettel zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen, damit er mit Blick auf die Debatten zum Haushalt berücksichtigt werden könne. - **Staatssekretär Rüdiger Frohn** sagt dies zu. - In Vorlage 12/942, fährt **Ilka Keller (CDU)** fort, werde auf Seite 3 ausgeführt, "... Nähere Einzelheiten seien im Runderlaß des Innenministers und des Finanzministers vom 20.07.1996 festgelegt worden." - Auch dieser Runderlaß solle dem Ausschuß zur Verfügung gestellt werden. - **Staatssekretär Rüdiger Frohn** sagt dies ebenfalls zu.

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Sodann erstattet **Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten**, seinen Einführungsbericht:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe einen ausführlichen Sprechzettel und werde zu den zentralen Bereichen referieren: Das Personalsoll des Einzelplans 09 ist gegenüber dem Vorjahr unverändert ausgewiesen worden. Freilich ist es uns gelungen, in der Struktur des EU-Stellenpools bei den Haushaltsverhandlungen eine beachtenswerte Verbesserung zu erzielen. Die bislang mit A 13 ausgewiesenen Stellen hatten wir zum Teil mit A 14- und A 15-Leuten besetzt. Künftig sind sie offen, so daß auch höher besoldete Beamte "nach Europa" gehen können. Sie wissen, daß der Sinn dieses Stellenpools darin liegt, daß in europäischen Behörden auch Landesbedienstete untergebracht werden können. Da sie natürlich "in Europa" auf eine gewisse Erfahrung zurückgreifen sollen, ist das nicht immer mit Bediensteten, die nach A 13 besoldet werden, zu gewährleisten. Insofern ergibt sich an dieser Stelle nunmehr ein gewaltiger Durchbruch.

Wir haben es auch geschafft, daß mittlerweile für Nordrhein-Westfalen gilt, daß derjenige, der an die Kommission "ausgeliehen" wird, dort drei Jahre lang bleiben kann. Dabei handelt es sich um eine in diesem Zusammenhang übliche Zeit. Bisher war das in Nordrhein-Westfalen auf zwei Jahre beschränkt. Wir hatten es auch mit einigen Fällen zu tun, die wir nur mühsam regeln konnten. Mittlerweile haben wir das Problem aber gelöst.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben sind im wesentlichen überrollt worden. Dabei habe ich einen Punkt besonders anzusprechen: Der Ausschuß hatte im vorigen Jahr beschlossen, daß wir für das Anlaufen der Europa-Initiative 100 000 DM mehr bekommen sollten. Sie hatten daraufhin beschlossen, daß das bei den Euregios abgezogen würde. Nach dem neuen

Haushalt gehen wir davon aus, daß wir das Abziehen der Mittel für die Euregios rückgängig machen können. Das hat insofern Sinn, weil die souverän arbeiten könnten, und mit der Frage, ob wir für diese Europa-Initiative über ausreichende Mittel verfügen. In diesem Jahr hat der Finanzminister aufgrund meines Antrages 600 000 DM für die Europainitiative zusätzlich bereitgestellt. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich vermute, Sie auch. Ich gehe davon aus, daß ich einen ähnlichen Betrag auch für 1997 erneut beantragen werde. Wie das mit Anträgen so ist: Über das Ergebnis kann man nicht im vorhinein entscheiden.

Frau Keller hat mit einem Schreiben an mich darum gebeten, im Rahmen der Haushaltsberatungen 1997 schon jetzt Hinweise auf den Titel 534 00 betreffend europapolitische Veranstaltungen zu bekommen. Dafür standen zunächst 350 000 DM zur Verfügung. Sie wissen, daß wir im Zuge der Haushaltsbeschränkungen Stellenkürzungen hatten. Nunmehr sind nur noch 296 000 DM zu bedienen. Bereits jetzt sind schon 75 % belegt. Freilich kann ich Ihnen zur Zeit keine präziseren Angaben machen als die, daß diese Mittel dazu dienen sollen, die Europapolitik des Landes, die interregionale Zusammenarbeit, die grenzüberschreitende Kooperation zu ermöglichen und zu verbessern. Sie sollen der Verbreitung der europäischen Idee dienen, Integrationsbemühungen ermöglichen, über die Regierungskonferenz und andere europapolitische Themen informieren. Sie sollen helfen, daß andere zu diesen Themen Veranstaltungen durchführen. Da daran mehrere unterschiedliche Partner im Lande beteiligt sind, sind wir gegenwärtig auch nicht im Stande zu sagen, wer welche Anteile im Laufe des Jahres erhalten wird. Im übrigen haben diese Partner ihre Planungen ja auch erst im Laufe dieses Jahres gemacht. Außerdem sind aus diesem Haushaltstitel auch die Mittel für die Europawoche bezahlt worden. Ich sage Ihnen gerne zu, daß wir zum Jahreswechsel - wenn wir die Übersicht darüber haben, wie es um diesen Haushaltstitel bestellt ist - eine genaue Aufstellung liefern werden.

Einige Bemerkungen - eine ausführliche Zusammenstellung haben wir Ihnen bereits vorgelegt - zu dem, was sich in den anderen Ressorts tut: Ich möchte Ihr Augenmerk darauf lenken, daß im Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, im Arbeitsministerium und im MURL die "dicksten Brocken" etatisiert sind. Im MURL selber stehen diese "dicksten Brocken" noch nicht einmal im Haushalt, weil dort nur 51,29 Millionen DM etatisiert sind. Freilich gehen gleichzeitig 677,4 Millionen DM auch an Landwirte in Nordrhein-Westfalen, ohne daß sie durch den Haushalt laufen. Sie werden nämlich direkt von der EU gezahlt, nicht über die staatlichen Stellen der Mitgliedstaaten. Wer also hierzulande über Agrarpolitik redet, muß nicht nur über die Dinge reden, die jeweils im Haushalt enthalten sind. Umgekehrt - ich spreche dabei nur diese Systematik an - sind beim Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr sowie beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Mittel aufgeführt, für die jeweils ein Gesamtvolumen ausgewiesen wird. Denn dort werden in der Regel die europäischen Mittel mit Landesmitteln kombiniert. Insofern kann man schwer sagen, welches von beiden das andere nach sich zieht. Jedenfalls gehören diese beiden Teile zusammen. Man kann feststellen: Wann immer wir etwas aus Landesmitteln einsetzen, bekommen wir europäische Mittel dazu. Freilich gilt auch: Europäische Mittel bekommt man nur, wenn man zusätzlich auch Landesmittel einsetzt. Denn es müssen immer Komplementärmittel aufgeführt werden. Dabei geht es, wie Sie sehen, nicht um geringe Beträge. Beim Wirtschaftsminister sind es 546,19 Millionen DM als Gesamtbetrag, der ungefähr hälftig zwischen Europa und Land aufgeteilt ist. Vergleichbar sieht es beim MAGS aus. Dort beläuft sich das Gesamtvolumen

auf 486,47 Millionen DM. Die Beteiligung des Landes fällt mit 284 Millionen DM gegenüber 237 Millionen DM an EU-Mitteln stärker aus. Das können Sie der Ihnen zugestellten Vorlage entnehmen.

Die anderen Teile sind nicht so sehr vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet "dicke Brocken". Freilich sind sie möglicherweise in ihren Auswirkungen um einiges bedeutsamer. Das gilt insbesondere für Forschungsprogramme, Kontakte, die beim Schulministerium ressortieren, einigen Angelegenheiten, die das Ministerium für Bauen und Wohnen betreffen. Dabei handelt es sich jedoch dabei dann um deutlich geringere Beträge, die eine Rolle spielen.

Sie hatten sich vorgenommen, das gegebenenfalls detaillierter zu diskutieren. In meiner Einführung wollte ich auf jeden Fall darauf hingewiesen haben, wo die eigentlichen Schwerpunkte liegen.

Ute Koczy (GRÜNE) bedankt sich für die informative Übersicht. Aus anderen Bundesländern sei ihr bekannt, daß man dort begeistert wäre, wenn solches Material zur Verfügung stünde.

Vorsitzender Dr. Horst Posdorf bemerkt bei dieser Gelegenheit, dem Dank könne sich wohl der gesamte Ausschuß anschließen. Im Prinzip habe der Minister mit seinem Vortrag bereits die Thematik des Tagesordnungspunktes 4 - Europa-Initiative NRW - angeschnitten. - Auf Vorschlag des Ausschußvorsitzenden verständigt sich der Ausschuß darauf, im Vorgriff auf eine ergänzende Berichterstattung durch Minister Dr. Dammeyer auch die Thematik betreffend die "Europa-Initiative NRW" in die aktuelle Aussprache einzubeziehen.

Werner Jostmeier (CDU) fragt, ob sich die Einrichtung des Europaministeriums in der vollzogenen Art bewährt habe. Werde das Ministerium gefragt, wenn es etwa um europapolitisch relevante Themen im Verkehrs- oder beispielsweise auch Wirtschaftsbereich gehe? Könne das Ministerium mitreden, wenn in anderen Ressorts europapolitisch relevante Mittel verteilt würden? Setze das Europaministerium federführend Maßstäbe?

Minister Dr. Dammeyer gibt zu bedenken, daß es schwierig sei, "den Maßstab" zu definieren, an dem sich der Sinn eines Ministeriums festmachen lasse. Dies gelte ja übrigens auch im Verhältnis des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik zu den anderen Landtagsausschüssen. Damit verknüpft sei ein Lernprozeß. Die Fachpolitiken existierten selbstverständlich weiter und würden von den Kolleginnen und Kollegen verantwortet. Das Europaministerium werde an der Erarbeitung beteiligt. An der Umsetzung arbeite die Landesregierung als Gremium insgesamt, wenn auch mit dem Augenmerk auf die jeweilige Ressortverantwortung der einzelnen Minister/Ministerinnen. Kollegiale Absprachen würden

getroffen und orientierten sich im übrigen auch an den übergeordneten Richtlinien, die die einzelnen Ressorts bänden. Konfliktuöse Schwierigkeiten sehe er, Dammeyer, nicht.

Eine Diskussion über die Ressortorientierung halte er - wenn auch nicht im aktuellen Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen - für durchaus sinnvoll. Dabei gehe es etwa um die Einflußnahme auf Richtlinien, wie sie in Brüssel erarbeitet würden, Bemühungen um Zuschüsse, Antragstellern rechtzeitig brauchbare Bedingungen für eine Antragstellung zu verschaffen und die europapolitische Diskussion im Lande selbst zu fördern. Längst habe eine Vernetzung zwischen landes- und europapolitischen Belangen stattgefunden.

4 Europa-Initiative NRW

Ausschußvorsitzender Dr. Posdorf bittet Minister Dr. Dammeyer darum, in Ergänzung dessen, was zum aktuellen Thema bereits unter dem Tagesordnungspunkt 3 ausgeführt worden sei, zu ergänzen.

Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten berichtet: Ich habe vor diesem Ausschuß bereits über die Absichten, eine Europa-Initiative NRW zu etablieren, berichtet. Diese Absichten kulminieren insbesondere darin, daß 1998 eine Vielzahl von europäischen Entscheidungen greifen, die vermutlich auf viele im Lande "herunterprasseln" werden wie ein ganz überraschendes Ereignis. Dabei handelt es sich eigentlich um eine Vielzahl von Ereignissen, die in Wahrheit alle abzusehen sind: das Ergebnis der Regierungskonferenz, die Einführung einer einheitlichen Währung, die Diskussion über die Finanzierung des Europäischen Union, die etwaige Umstrukturierung der Strukturfonds, die mögliche Umstrukturierung der Agrarpolitik und die möglichen Verhandlungsbeginne mit den mittel- und osteuropäischen Ländern. - All das wird Ende 1997/Anfang 1998 auf uns zukommen. Außerdem haben wir 1998 noch die Bundestagswahlen sowie 1999 die Wahlen zum Europäischen Parlament und im Jahre 2000 die Landtagswahl.

Mit diesen Fragen müßten sich eigentlich sehr viele beschäftigen. Uns ist es gelungen, rechtzeitig mit zahlreichen Partnern die Europainitiative zu etablieren. Auch darüber hatte ich bereits berichtet. Das wiederhole ich hier nicht. Das reicht von der EU-Kommission bis hin zu allen möglichen Leuten hier im Lande.

Spannend ist die Frage, was wir machen. Dabei ging es auch um die Finanzierung, ob wir denn nun über Geld verfügen können. Diese Mittel - das führte ich eben bereits aus - habe ich glücklicherweise. Deshalb haben wir bereits begonnen. Wir haben alle Schülerzeitungsredakteure Nordrhein-Westfalens eingeladen. Das war vermutlich die größte Schülerkonferenz, die es in diesem Lande je gegeben hat. 800 Leute sind gekommen und haben den ganzen Tag über diskutiert. Das war eine extrem anstrengende Angelegenheit. Dabei haben wir auch über das Thema "Schulen ans Netz" sowie mediale Aspekte mit den Schülerzeitungsredakteuren diskutiert. Es gab auch mehrere Passagen, in denen die europäische